

tung, allgemeinen Zugang in die öffentliche Debatte gefunden. Nicht nur bezogen auf Japan ergibt sich somit für den Leser das Bild einer Gesellschaft auf der Suche nach modernen und allgemein akzeptablen Formen sozialer Sicherheit.

Thilo Fehmel

- 1 Vgl. z.B. S. Leibfried/M. Seeleib-Kaiser (Hrsg.), Sozialpolitik in Japan, Schwerpunkttheft der Zeitschrift für Sozialreform, 41. Jg., Wiesbaden 1995 oder auch Takahashi, Mutsuko, The Emergence of Welfare Society in Japan, Aldershot 1998.
- 2 Zur japanischen Wohlfahrtsgesellschaft und zum Begriff allgemein siehe auch jüngst P. Bleses/M. Seeleib-Kaiser, Wohlfahrtsgesellschaft; in: G. Kneer/A. Nassehi/M. Schroer (Hrsg.), Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie, 2001.

Roy E. Allen, Financial Crises and recession in the Global Economy. Second Edition, Edward Elgar Publishing limited, Cheltenham, UK/Northampton, MA USA, 1999, 212 S.

Als 1994 die erste Auflage des Buches erschien, war sich die Kritik noch darin einig, daß der Autor in seiner Darstellung beträchtlich übertreibe. Finanz- und Wirtschaftskrisen seien in der New Economy eine Randerscheinung, nicht Bestandteil der Globalisierung der nationalen Wirtschaften. Seitdem hatte sich die Welt mit der Mexikokrise (1994/95), der Asienkrise (1997) sowie der Rußlandkrise (1998) auseinander zu setzen, um nur die wichtigsten Finanzkrisen von beträchtlichem Ausmaß zu nennen. Autor und Verlag fühlten

sich durch die reale Entwicklung der neunziger Jahre ermutigt, eine Neuauflage zu publizieren, die auch die Krisen der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (bis einschließlich 1998) verarbeitet.

Bevor der Autor, Ökonomeprofessor an einem College in Kalifornien (USA), im vierten Kapitel die Finanzkrisen, angefangen mit der Wertschuldenkrise 1982, abhandelt, beschäftigt er sich in drei Kapiteln mit der Expansion und Globalisierung der Finanzmärkte seit den siebziger Jahren. Diese habe dazu geführt, daß in den neunziger Jahren der Dollar zum Kern der Weltfinanzwirtschaft geworden sei. Etwa 60 Prozent des Weltwährungsbedarfs liefere heute der Dollar (20 Prozent die DM und zehn Prozent der Yen). Die USA haben dadurch unbegrenzten Zugang zu internationalen Sparguthaben gewonnen. Diese Position ermögliche es dem Heimatland des Dollar, jährlich 5-10 Mrd. Dollar an Zinskosten einzusparen, weitere 5-10 Mrd. Dollar durch das Monopol der Herausgabe von Münzen und Banknoten. Diese Situation der Weltfinanzen seien nicht mit der ersten Hälfte des 20. Jh.s oder dem 19. Jh. vergleichbar, als noch das britische Pfund die international wichtigste Reservewährung war, aber doch stets im Wettbewerb mit potenten Währungen anderer Staaten.

Die heutigen Nationalstaaten, so meint der Autor, hätten die neue Situation noch nicht ganz begriffen.

Die erste von *R. E. Allens* im 5. Kapitel vorgestellten Thesen ist, daß es in den achtziger Jahren und gehäuft in den neunziger Jahre zu Finanzkrisen kam, weil versucht wurde, mit nationalstaatlichen Instrumenten außer Kontrolle geratende Vorgänge auf dem

Finanzsektor zu beherrschen, die profund internationalen Charakter trugen. Die Ursachen der Finanzkrise befanden sich nicht nur, in der Regel sogar nicht einmal in erster Linie im Lande, in dem die Krise ausbrach (die Asienkrise startete z.B. in Thailand), sondern im Ausland. Im Falle der Asienkrise sieht sie der Autor in einem sich Mitte der neunziger Jahre vollziehenden Wechsel der staatlichen Finanzpolitik in den USA. Offshore-Banken, an keine nationalstaatliche Aufsicht gebunden, vermittelten und verstärkten die von den USA ausgehenden negativen Impulse im Land, in dem die Krise dann ausbrach.

Zweitens weist *R. E. Allen* darauf hin, daß die Finanzkrisen entstanden, weil vor allem die USA, aber auch die westeuropäischen Staaten, Entscheidungen über Zinsraten und zur Beeinflussung der Wechselkurse ihrer Währungen stets in nationalem Interesse fällten, auch wenn das (wie in der Asienkrise der Fall) für die dann von der Krise betroffenen Staaten genau die falsche Entscheidung war.

Drittens ist es weder den sich mit der Weltwirtschaft befassenden formellen Institutionen (Internationaler Währungsfonds und Weltbank) noch den informellen (z. B. den G 7-Gipfelkonferenzen) gelungen, dem Interesse an der Entwicklung der Weltwirtschaft als Ganzen dienenden Entscheidungen zu fällen und durchzusetzen. Die Beschlüsse dieser Institutionen würden vor allem amerikanisches Interesse widerspiegeln.

Allen spricht in diesem Zusammenhang von einer Politik des Geld-Merkantilismus („money mercantilism“). Der Autor bezieht sich dabei auf den Merkantilismus bzw. Monetaris-

mus der Ancien Régime des 17. und 18. Jh.s, vor allem Frankreichs und Englands, die durch eine restriktive Handelspolitik bei sich Gold und Silber anhäuferten und den Besitz dieser Edelmetalle weltweit als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht einsetzen. Das gleiche Ergebnis werde heute von den Ländern, deren Währung als Reservewährung dienen, durch die Nutzung der globalisierten Finanzmärkte erreicht. Die Öffnung der Handels- und Finanzmärkte in Asien, Afrika und Lateinamerika, deren „Dollarisierung“, habe dazu geführt, daß in der ersten Phase der Marktöffnung die Länder der Peripherie profitierten. Bei der nach einer Phase schnellen Wachstums in diesen Ländern aber unvermeidlichen Verlangsamung des Wirtschaftsaufschwungs und dem darauf folgenden Rückzug des Dollars aus den als Geldanlage nummehr nicht mehr so interessanten bzw. nicht mehr so sicheren Ländern brächen dort Finanzkrisen aus, die den in der Peripherie neugeschaffenen Reichtum in die Kernländer umlenken würden. „Kernländer werden wahrscheinlich reicher aus der Krise herauskommen als zuvor und die Peripherieländer ärmer“ (S. 153). Einen „relativen Gewinn“ würden die Kernländer selbst dann erzielen, wenn auch sie von der Krise betroffen werden.

Der Autor hat seine Thesen nicht im Alineingang entwickelt. Er weist wiederholt auf Wirtschaftswissenschaftler hin, die ähnliche Beobachtungen wie er gemacht haben. (vgl. auch den Literaturanhang). *R. E. Allen* verhehlt aber auch nicht, daß seine Erkenntnisse grundsätzlich der herrschenden neoliberalen Auffassung widersprechen. Diese besagt, daß Finanzkrisen – wie

Wirtschaftskrisen überhaupt – in der liberalisierten Weltwirtschaft eigentlich nicht möglich sind. Sollten sie doch zustande kommen, so ist das die Schuld der von der Krise betroffenen Länder, die ihre Wirtschaft noch nicht genügend dereguliert haben bzw. gegen die Gebote der ökonomischen Rationalität verstoßen.

Allens Erklärungsansatz für internationale Finanzkrisen geht dagegen nicht von nationalen, sondern internationalen Finanzzusammenhängen aus. Auch betrachtet der Autor das internationale Finanzkapital nicht – wie vielfach üblich – als anonyme Macht, die einzelne Länder für wirtschaftliches Fehlverhalten ihrer Regierungen abstrafte, sondern nennt die Staaten beim Namen, die nicht nur vorübergehend Vorteile aus der Internationalisierung

der Finanzmärkte gezogen haben, sondern, die von ihr letztendlich profitieren.

Als Gewinner der Globalisierung identifiziert er vor allem die USA (und Westeuropa). Zu den Verlierern gehörten bereits in den achtziger Jahren die Staaten Afrikas und Lateinamerikas. In den neunziger Jahren gesellten sich die osteuropäischen Staaten (einschließlich Rußlands) und die ostasiatischen Staaten (ohne China, aber einschließlich Japans) hinzu.

Das Buch wird jedem, der sich mit der in den Medien immer wieder verbreiteten Auffassung, daß die Globalisierung nur Gewinner kenne, sofern man sich nicht gegen sie stemme, nicht zufrieden gibt, ein willkommener Denkanstoß sein.

Jörg Roesler